

TAGUNG

Europa am Wendepunkt? – deutsch-portugiesischer Austausch zu einer neuen, europäischen Ordnung

Carolin Marx und Janny Schulz*

Deutschland und Portugal pflegen gute politische Beziehungen und blicken auf eine lange Tradition der engen Zusammenarbeit zurück. Deutschland ist nicht nur ein wichtiger Wirtschaftspartner, sondern auch ein enger politischer Verbündeter, der immer an der Seite Portugals stand und weiterhin steht. Am Aufbau der heute erfolgreichen portugiesischen Demokratie nach der Nelkenrevolution 1974 hatte Deutschland einen großen Anteil. Entscheidend für Portugal war der Beitritt zur Europäischen Union (EU) im Jahr 1986. So wie Portugal Deutschlands NATO-Beitritt befürwortet hatte, unterstützte Deutschland Portugal beim EU-Beitritt. Eine enge Abstimmung beider Länder vor und während ihrer aufeinanderfolgenden Präsidentschaften des Rates der EU im Jahr 2007 hat die politischen Beziehungen weiter gefestigt. Nach Vorbereitung u.a. unter deutscher Ratspräsidentschaft wurde der Vertrag von Lissabon am 13. Dezember 2007 unter portugiesischem Vorsitz unterzeichnet. Ziel des Expertentreffens war, die engen Beziehungen beider Länder anhand aktueller Herausforderungen im offenen Dialog zu diskutieren und gemeinsame Antworten zu finden.

Aktuelle Herausforderungen und Errungenschaften

Aktuelle Herausforderungen der EU sind außenpolitische Unsicherheiten und innenpolitische Konflikte. Im außenpolitischen Bereich zählen dazu der Krieg in Syrien, das Machtvakuum in Libyen, Dschihadismus und Terror-

Deutsch-Portugiesisches Expertentreffen „The European Order“

Institut für Europäische Politik
Instituto Português de Relações Internacionais

Die Veranstalter danken dem Auswärtigen Amt
und dem Portugiesischen Außenministerium

4./5. Dezember 2017, Lissabon

Begrüßung

Botschafter Álvaro MENDONÇA E MOURA,
Portugiesisches Außenministerium, Lissabon

Prof. Dr. Nuno SEVERIANO TEIXEIRA, Instituto
Português de Relações Internacionais, Lissabon

Prof. Dr. Mathias JOPP, Institut für Europäische
Politik, Berlin

Reformen der Eurozone

Moderation: Eva GASPARG, Journalistin, Lissabon

Eröffnungsreden:

Dr. Margarida MARQUES, Ausschuss für Europa-
angelegenheiten, Portugiesisches Parlament, Lissabon

Martin KOTTHAUS, Auswärtiges Amt, Berlin

Vorträge:

Botschafter Rui VINHAS, Portugiesisches Außen-
ministerium, Lissabon

Dr. Katharina GNATH, Bertelsmann Stiftung,
Berlin

* Carolin Marx, Research Advisor, Institut für Europäische Politik, Berlin.
Janny Schulz, Research Associate, Institut für Europäische Politik, Berlin.

Die Autorinnen danken Jakob Speier für seine hilfreichen Anmerkungen.

rismus sowie die Beziehungen zu Russland und zur US-Regierung unter Donald Trump. Die RednerInnen hoben hervor, dass es besonders im Bereich Migration langfristige Strategien brauche, um sichere Lebensumstände in den Heimatländern zu schaffen und so größeren Migrationsbewegungen vorzubeugen. Innenpolitisch stehe die Union vor allem schwierigen ökonomischen Herausforderungen, dem Austritt Großbritanniens, einem steigenden Vertrauensverlust der BürgerInnen in das europäische Integrationsprojekt und der zunehmenden Europaskepsis ihrer Bevölkerung gegenüber. Letztere sei die größte Herausforderung seit ihrer Gründung 1952. Dennoch habe die EU in den letzten sechs Jahrzehnten große Erfolge erzielt. Allen voran seien der Frieden innerhalb Europas, die Wahrung von Menschenrechten und die EU-weiten Standards beim Verbraucherschutz zu nennen.

Tiefgreifende Reformvorschläge

Im Fokus des ersten Panels standen die Reformvorschläge aus Paris und Brüssel. Ein starker Euro als gemeinsame Währung sei in der Lage, für Stabilität in Europa, besonders in Südeuropa, zu sorgen. Mehr Stabilität in den südlichen Mitgliedstaaten bedeute ebenso größeren Wohlstand in Nordeuropa. Die gemeinsame Währung könne zudem den Zusammenhalt unter den Mitgliedstaaten stärken. Weiterhin solle die soziale Dimension eine der Hauptsäulen der Euroreform sein. Diese Dimension müsste mittels des sozialpolitischen Scoreboards auch bei der Diskussion der Empfehlungen an die Mitgliedstaaten im Rahmen des Europäischen Semesters berücksichtigt werden. Alternativ sei es notwendig, über neue Mechanismen nachzudenken.

Die Zukunft des Euro sei während der Finanzkrise in Gefahr gewesen. Nun müsse mittelfristig über weitgehende Reformen zur Stärkung der Wirtschafts- und Währungsunion nachgedacht werden, auch wenn bereits während der Krise einige wichtige Reformen beschlossen wurden. Europa verfüge nun über die Bankenaufsichtsbehörde European

Europäische Verteidigung und Transatlantische Beziehungen

Moderation: Prof. Dr. Mathias JOPP, Institut für Europäische Politik, Berlin

Prof. Dr. Nuno SEVERIANO TEIXEIRA/Dr. Ana SANTOS PINTO, Instituto Português de Relações Internacionais, Lissabon

Dr. Hardy BÖCKLE, Auswärtiges Amt, Berlin

Dr. Luis SIMON, Institute for European Studies und Elcano Royal Institute, Brüssel

EU-Afrika-Beziehungen

Moderation: Vitor RODRIGUES OLIVEIRA, Journalist, Lissabon

Dr. Miguel SILVESTRE, Portugiesisches Außenministerium, Lissabon

Dr. Judith VORRATH, Stiftung Wissenschaft und Politik, Berlin

Dr. Manfred ÖHM, Friedrich-Ebert-Stiftung, Berlin

Dr. Alexandra Magnólia DIAS, Instituto Português de Relações Internacionais, Lissabon

Prof. Dr. Christof HARTMANN, Universität Duisburg-Essen, Duisburg

Schlussworte

Dr. João António da Costa MIRA GOMES, Botschafter der Republik Portugal in Deutschland, Berlin

Dr. Christof WEIL, Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Portugal, Lissabon

Prof. Dr. Mathias JOPP, Institut für Europäische Politik, Berlin

Prof. Dr. Nuno SEVERIANO TEIXEIRA, Instituto Português de Relações Internacionais, Lissabon

Banking Authority (EBA), die der damalige deutsche Finanzminister Wolfgang Schäuble 2009 noch für unmöglich gehalten hatte, und die Eurozone sei widerstandsfähiger als vor der Krise. Auch waren die Sorgen, dass der Entscheidung der BritInnen, die EU verlassen zu wollen, weitere EU-Austrittsgesuche folgen

könnten, bisher unbegründet. Dennoch müssten die verbleibenden Mitgliedstaaten den Austritt Großbritanniens finanziell kompensieren. 2018 sei ein Jahr voller wichtiger Entscheidungen und zukunftsweisender Entwicklungen. Das Fehlen einer deutschen Regierung nach den Bundestagswahlen im September 2017 ließe eine belastbare deutsche Position bisher jedoch nur erahnen, da die verschiedenen Parteien divergierende Standpunkte vertreten. Konkrete Reformen müssten daher vorerst warten, bis die deutsche Regierungsbildung 2018 abgeschlossen ist. Fest stehe bereits, dass Deutschland ein starker Unterstützer des europäischen Projektes bleiben und eng mit anderen Mitgliedstaaten zusammenarbeiten werde. Weitere Herausforderungen stünden mit den Parlamentswahlen in Italien im März 2018 und den Landtagswahlen in Hessen und Bayern im Herbst 2018 an, welche die deutsche Regierung vor eine wichtige Zerreißprobe stellen werden. Das Frühjahr 2019 werde vor allem vom Brexit geprägt sein, der von allen Anwesenden nicht als eine Bedrohung für die Stabilität der EU, sondern vielmehr als eine Chance zu mehr Geschlossenheit in der EU der 27 Mitgliedstaaten gesehen wurde. 2019 stünden zudem im Mai die Wahlen zum Europäischen Parlament sowie im Oktober die Ernennung der neuen Kommissionsmitglieder an. Beide Ereignisse würden die Umsetzung von Reformen beeinflussen.

Reformvorschläge aus Paris und Brüssel, wie die Fortentwicklung des Europäischen Stabilitätsmechanismus zu einem Europäischen Währungsfonds (EWF), liegen bereits vor. Emmanuel Macrons Idee zur Bildung eines „Kerneuropas“ mit flexibleren, effizienteren Strukturen und der Erleichterung von Vertragsänderungen sowie der Vorschlag zur Schaffung eines Europäischen Finanzministers und eines eigenen Eurozonenbudgets wurden von den ExpertInnen thematisiert. Auch die Vorschläge des Kommissionspräsidenten Jean-Claude Juncker, die zukünftige

EU-27 durch eine stärkere institutionelle Konsolidierung zu stärken, wurden diskutiert. Juncker hatte dazu bereits fünf Szenarien zur Diskussion gestellt, die von einem Rückbau der Befugnisse bis zu umfassenden institutionellen Reformen der EU reichten. Bisher steht eine klare Antwort aus Berlin aus.¹ Weiterhin sollten Entscheidungen demokratischer legitimiert werden, so zum Beispiel durch die Einbeziehung des Europäischen Parlaments in Entscheidungsverfahren, an denen es bisher nicht beteiligt ist. Zudem müssten, wenn nötig, öffentliche Investitionen getätigt und das Bankenwesen gestärkt werden, so die Forderung der ExpertInnen. Langzeitarbeitslosigkeit müsse aus wirtschaftlichen und sozialen Gründen vermieden werden.

Zudem seien die Funktionen und Struktur des Eurozonenbudgets und des EWF zu definieren. Auf dieser Grundlage könne über das Zustandekommen des Eurozonenbudgets entschieden werden. Auch die Kompetenzen und rechtlichen Grundlagen für die Etablierung eines Europäischen Finanzministers müssten vorab gründlich erörtert werden. Ebenso seien die Risiken und Chancen eines gemeinsamen Eurozonenbudgets genau abzuwägen, so die ExpertInnen. Als ein Referenzmodell könne Portugal dienen, da das Land bewiesen habe, dass es möglich ist, auch aus schwierigen Zeiten gestärkt hervorzugehen. 80 Prozent der portugiesischen Bevölkerung seien, trotz der harten finanziellen Einschnitte zur Überwindung der Staatsschuldenkrise, proeuropäisch eingestellt. Dennoch sei zu bedenken, dass EU-BürgerInnen in der Vergangenheit das Gefühl hatten, ihre Interessen stünden hinter denen der Banken zurück. Dies sei für die europäische Politik in den kommenden Jahren zu berücksichtigen und die Vorteile, die sich für die BürgerInnen ergeben, müssten verstärkt in den Vordergrund gestellt werden. Wichtig sei dabei, dass alle Mitgliedstaaten beim Thema Migration solidarisch zusammenstehen, da dies Europa auch in Zukunft begleiten werde.

1 Stand Dezember 2017.

Mehr Zusammenarbeit angesichts internationaler Krisen

Die aktuell größten Herausforderungen für die Gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik (GSVP) seien die Politik Trumps, die Entwicklungen in Russland, der Ukraine, Libyen und Syrien, das Verhalten des nordkoreanischen Diktators Kim Jong Un gegenüber der EU, die Zukunft des Atomabkommens mit dem Iran sowie Terrorismus und internationale Migration. Auch innereuropäische Themen wie die Fortentwicklung der GSVP, der Außengrenzschutz und die anstehenden Veränderungen der Machtbalance durch den Brexit wurden diskutiert. Obwohl die EU hauptsächlich eine nach innen gerichtete Politik zur Förderung von Wohlstand und Frieden ihrer Mitgliedstaaten betreiben müsse, müsse sie sich zur Erreichung dieser ebenso nach außen richten. Besonders an den Außengrenzen und im Bereich Terrorismus käme es zu Überschneidungen zwischen internen und externen EU-Angelegenheiten. Durch die komplexe internationale Sicherheitslage sei es nun Aufgabe der EU, ihre Rolle als Garant für internationale Ordnung und Stabilität sowie als Friedenswahrerin und deeskalierende Kraft zu beweisen.

Portugal wolle die Ausgewogenheit zwischen der kontinentalen und atlantischen Dimension in seiner Sicherheitspolitik aufrechterhalten. Es vertraue nach wie vor auf die NATO als Sicherheitsgaranten und verfüge gleichzeitig über eine Armee, die global eingesetzt werden kann. Die anfängliche Zurückhaltung der portugiesischen Regierung bei der Unterstützung von Projekten im Rahmen der Ständigen Strukturierten Zusammenarbeit (SSZ)² erklärten die ExpertInnen mit den Erfahrungen der PortugiesInnen während der Finanzkrise, wodurch Entscheidungen intensiver abgewogen würden und mehr Zeit in Anspruch

nähmen. Das Vertrauen Portugals und der portugiesischen BürgerInnen in die GSVP stehe jedoch außer Frage. Des Weiteren wurde Portugals vergleichsweise geringe finanzielle Beteiligung an der SSZ mit der wirtschaftlichen Lage des Landes begründet. Finanzielle Förderung seitens der Kommission für die Entwicklung von Prototypen und Verteidigungsausrüstung, die innerhalb und außerhalb Europas eingesetzt würde, sei laut den ExpertInnen zwingend notwendig.

In den letzten zwölf Monaten seien innerhalb der GSVP große Fortschritte erzielt worden. Dazu gehörten die Einrichtung des militärischen Planungs- und Durchführungsstabes (MPCC)³ und eine Koordinierte Jährliche Überprüfung der Verteidigung (CARD)⁴ sowie die Einrichtung des Europäischen Verteidigungsfonds. Wichtigste Entwicklung im Bereich der GSVP in den letzten Jahren seien jedoch die im Rahmen der SSZ beschlossenen Projekte.⁵ Die EU könne sich durch die SSZ stärker in zivile Missionen einbringen und strategische Autonomie erlangen, wenn die Sicherheits- und Verteidigungspolitik nicht länger primär der NATO und den transatlantischen Partnern überlassen werden solle. Die SSZ als langfristiger rechtlicher und politischer Rahmen verbessere einerseits die militärischen Möglichkeiten, verlange aber auf der anderen Seite, dass finanzielle Verpflichtungen von den Beteiligten eingehalten werden. Viele der an der SSZ beteiligten Staaten hätten ein großes Interesse an der Fortentwicklung der GSVP und wollten in der Forschung und Entwicklung sowie bei der Beschaffung von militärischer Ausrüstung enger zusammenarbeiten. Die ExpertInnen waren der Meinung, dass der Grund dafür weniger der politische Wille zur Schaffung einer Verteidigungsunion als vielmehr industrielle Interessen seien. Auch wurde thematisiert, dass Deutschland und die Europäische Kommissi-

2 Permanent Structured Cooperation (PESCO).

3 Military Planning and Conduct Capability.

4 Coordinated Annual Review on Defence.

5 Seit dem 13. Dezember 2017 beteiligen sich 25 Mitgliedstaaten. Dänemark, Malta und das Vereinigte Königreich nehmen nicht teil.

on die Einbeziehung möglichst vieler Mitgliedstaaten in die SSZ anstreben, während Frankreichs Fokus auf der Effektivität der Zusammenarbeit liege.

Zudem diskutierten die ExpertInnen die Rolle der GSVP für die europäischen BürgerInnen. Seit 2013 sei die Sicherheitspolitik wieder stärker in deren Fokus gerückt. Während in der Finanzkrise die wirtschaftliche Situation und die Arbeitslosigkeit in der EU thematisiert wurden, stünden heute die verschlechterte Sicherheitslage in Europa und der Terrorismus im Zentrum des öffentlichen Interesses. Die EU müsse zudem bürgernäher werden, um einem weiteren Legitimitätsverlust und dem zunehmenden Erstarken europaskeptischer Kräfte entgegenzuwirken. In diesem Zusammenhang wurde vor der Verwendung der SSZ als Schlagwort innerhalb des Diskurses gewarnt, zu dessen Inhalt die BürgerInnen kaum bzw. keinen Bezug hätten.

Hin zu einer gleichberechtigteren Zusammenarbeit

Bei den Beziehungen der EU zum afrikanischen Kontinent sei Portugal eine treibende Kraft, die afrikanische Themen in die EU einbringe. Auf Portugals politischer Agenda spiele der Kontinent seit der Demokratisierung des Landes 1974 eine wichtige Rolle, auch weil Afrika bis 2016 sein zweitwichtigster Handelspartner war. Portugal sehe seine Rolle in Europa als die einer „Brücke nach Afrika“. Es sehe sich als Vermittler zwischen den Standpunkten beider Kontinente und trage zum gegenseitigen Verständnis bei und stehe für eine Beziehung auf Augenhöhe.

Afrika sei aus der europäischen Perspektive vor allem als Lieferant von Rohstoffen, als Markt für europäische Waren und sicherheitspolitisch relevant. Beim Thema der Sicherheit gehe es seitens der EU mehrheitlich um die Sicherheit von EU-BürgerInnen und die Kontrolle von Migrationsströmen. Europa habe aufgrund seiner Kolonialgeschichte eine historische Verantwortung für den afrikanischen

Kontinent. Dieser sei aufgrund globaler Herausforderungen wie dem Klimawandel, der ohne die Zusammenarbeit mit dortigen Partnern nicht aufgehalten werden könne, sehr wichtig. Chinas Engagement in Afrika sei das einer „soft power“, das von der EU laut den PanelistInnen unterschätzt werde. Trotzdem sei der Einfluss Chinas verglichen mit dem der EU eher gering. Die EU sei weiterhin der wichtigste Partner in humanitären Fragen. Die PanelistInnen ermutigten sie, wieder verstärkt als wertebasierte und rechtsstaatliche Gemeinschaft aufzutreten und diesen Ruf zu verteidigen, anstatt sich auf Investitionen zu fokussieren. Aus afrikanischer Perspektive werde Europa noch immer als wichtigste Referenz für Rechtsstaatlichkeit und Demokratie wahrgenommen.

Das Thema Migration solle aus afrikanischer Sicht nicht im Fokus der EU-Afrika-Beziehungen stehen, nehme aus EU-Perspektive jedoch einen bedeutend höheren Stellenwert ein. Diese Diskrepanz werde zwischen der EU und der Afrikanischen Union (AU) thematisiert. Auch innerhalb der EU habe die große Zahl nach Europa kommender Flüchtlinge zu unterschiedlichen Positionen der Mitgliedstaaten in Fragen des Außengrenzmanagements und der GSVP geführt. Derzeit fehle bei Migrationsthemen ein europäischer und vor allem kooperativer Ansatz zwischen der EU und Afrika. Die bestehenden Abkommen bedürften einer Überarbeitung und es müsse ein institutioneller Rahmen zwischen afrikanischen und europäischen Partnern geschaffen werden, der eine vertrauensvolle Zusammenarbeit erleichtert und einen Raum bietet, Konflikte beizulegen.

Die ExpertInnen hoben die Afrikanische Friedens- und Sicherheitsarchitektur (APSA) als wichtigstes Instrument im Bereich der Konfliktprävention, des Konfliktmanagements und der Friedensförderung hervor, das im Rahmen der EU-Afrika-Partnerschaft gefördert wird. Diese bedürfe jedoch einer Reform. Dadurch würde das Handeln in Krisensituationen besser vorhersehbar. Ebenso soll-

ten die Rolle der afrikanischen Diaspora und deren Einfluss auf die jeweiligen Herkunftsländer besser wissenschaftlich analysiert werden. Bisher gebe es keine Untersuchungen dazu, welche Rolle Diasporas etwa bei der Verbreitung europäischer Werte in ihren Herkunftsländern spielen. Die PanelistInnen forderten, dass für die gemeinsame EU-Afrika-Strategie schnellstmöglich verbindliche AnsprechpartnerInnen auf beiden Seiten gefunden werden, wie beispielsweise ein EU-Sonderbeauftragter für die AU. Als problematisch für die weitere enge Zusammenarbeit zwischen der EU und Afrika nannten die ExpertInnen die Unpopularität von „good governance“ in einigen afrikanischen Ländern, die Instabilität einiger Staaten sowie die fehlende Bereitschaft, die Zivilgesellschaft partizipieren zu lassen.

Die ExpertInnen nutzten das Panel als Möglichkeit, um über das EU-Afrika-Gipfeltreffen zu reflektieren, das im November 2017 in Abidjan stattfand. Die große Zahl an TeilnehmerInnen aus hohen Regierungskreisen zeugte von großem Interesse auf beiden Seiten. Eine stärkere Zusammenarbeit zwischen der EU und der AU war ein zentrales Thema des Gipfels. Die zukünftige Zusammenarbeit in den vier strategischen Bereichen wirtschaftliche Chancen für junge Menschen, Frieden und Sicherheit, Mobilität und Migration und Zusammenarbeit im Bereich der Staatsführung wurde zur Priorität erklärt. Im Kontext von Migration wurden auf dem Gipfel auch Themen der sexuellen und reproduktiven Gesundheit⁶ diskutiert. Letztere sei ein Aspekt demografischen Wachstums und indirekt mit Migration verbunden. Weitere Herausforderungen seien die Kontrolle der demografischen Entwicklung, die Schaffung von Arbeitsplätzen und einer Zivilgesellschaft sowie die Wahrung von Menschenrechten.

Zudem beschäftigte sich das Panel mit Themen, bei denen das Handeln der EU zu Enttäuschung auf afrikanischer Seite geführt habe. Dies gelte besonders für die Situation in Libyen. Die europäischen und afrikanischen Staaten müssten ihre gemeinsame Verantwortung für die Menschenrechtsverletzungen, denen Geflüchtete in Libyen ausgesetzt sind, erkennen und gemeinsam zur Verbesserung der Lage beitragen. Auch bisherige Geber-Nehmer-Beziehungen sollten überdacht werden. Traditionelle Partner wie Südafrika hätten in den vergangenen Jahren weniger Aufmerksamkeit von der EU erfahren. Die bestehende EU-Afrika-Strategie werde von afrikanischer Seite als „Dialog der Tauben“ gesehen, die es nicht schaffe, bisherige Geber-Nehmer-Beziehungen aufzulösen. Ebenso seien mit China, der Türkei und Russland weitere politische Akteure als Alternativen zur EU hinzugekommen, wodurch einzelne afrikanische Länder wie Südafrika nun Spielraum für Verhandlungen in einigen Bereichen sähen.

Im Bereich Migration habe sich bisher keine gemeinsame Strategie herausgebildet. Die EU-Mitgliedstaaten verträten untereinander zu divergierende Standpunkte und die europäische Strategie gegenüber Afrika sei kurzfristiger Natur und würde etablierte institutionelle Kanäle ignorieren. Dies sei die Folge der großen Migrationsbewegungen im Jahr 2015, durch die innerhalb der EU-Mitgliedstaaten ein großer innenpolitischer Druck entstanden sei. Auch die afrikanischen und europäischen Interessen seien sehr unterschiedlich. Die EU wolle irreguläre Migration verhindern, schaffe jedoch zu wenige Möglichkeiten der regulären Migration nach Europa. Zudem habe sich eine „Handelsatmosphäre“ herausgebildet, in der Regime wie Mali, Niger und der Tschad ihre gestärkte Position erkannten und ihre Rolle als Transitländer für einen „Deal“ ähnlich dem EU-Türkei-Abkommen nutzen wollten. Ebenso wurden

6 „Sexuelle und reproduktive Gesundheit und Rechte“ bezieht sich auf das uneingeschränkte körperliche und seelische Wohlbefinden in Bezug auf alle Bereiche der Sexualität und Fortpflanzung der Menschen. Dazu gehören auch eine umfassende Gesundheitsversorgung und eine zukunftsweisende Familienplanung sowie der Einsatz gegen geschlechtsspezifische Gewalt.

die erhöhten Summen angesprochen, die in die Sicherheit und Sicherheitsentwicklung speziell von Ländern in den Regionen Sahel, Westafrika und dem Horn von Afrika fließen und an anderer Stelle eingespart würden. Die Frage, ob solche Investitionen langfristige Lösungen oder Ad-hoc-Reaktionen sind, wurde aufgeworfen. Die ExpertInnen waren sich jedoch einig, dass sie nur zum Teil geeignet seien, die aktuellen Herausforderungen auf dem afrikanischen Kontinent zu lösen. Wichtig für die Zukunft seien die Verbesserung der Zusammenarbeit, die Stärkung von kleinen und mittelständischen Unternehmen, die Schaffung von Arbeitsplätzen und die Stärkung der Zivilgesellschaft.

Deutschland und Portugal: eine enge Partnerschaft

Zwei wichtige Aspekte machte das Deutsch-Portugiesische Expertentreffen deutlich. Zum

einen können die aktuellen und zukünftigen Herausforderungen nur durch ein gemeinsames, solidarisches Engagement und weitere Investitionen in ein geeintes Europa in Angriff genommen werden. Zum anderen besteht kein Zweifel daran, dass Portugal sich von den tiefen Einschnitten durch die Finanzkrise wieder erholt. Deutschland und Portugal verbinde eine sehr enge Partnerschaft und sie wollten sich stärker in die Beziehungen zwischen der EU und Afrika einbringen. Das Expertentreffen hat einmal mehr verdeutlicht, dass afrikanischen Stimmen mehr Beachtung geschenkt werden müsse. Zudem müsse ein ganzheitlicher, europäischer Ansatz in der Kooperation zwischen den beiden Kontinenten gefunden werden.